

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus
90403 Nürnberg

Nürnberg, 3. August 2018
Kayser/Yilmaz

Entwicklung von autoarmen Stadtquartieren bei den anstehenden großen Baugebieten insbesondere in der Brunecker Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der PKW-Verkehr in der Stadt wird von den Menschen immer mehr als Belastung angesehen, wie zuletzt auch die Mobilitätsstudie der VAG darstellte. Nicht zuletzt die Diskussion um den Dieselskandal hat immer wieder gezeigt, dass der Autoverkehr in den Städten sinken und dafür der ÖPNV und Radverkehr gestärkt werden muss. Auch für Nürnberg ist dies keine neue Erkenntnis und entsprechende Strategien werden von der Stadt auch schon länger verfolgt. So sieht z.B. der aktuelle Luftreinhalteplan die Entwicklung von Konzepten zu autoarmen Stadtquartieren vor. Wenn nun mittelfristig größere Baugebiete entwickelt werden, sollten diese Ansätze bei der Planung eine wesentliche Rolle spielen. Die einzige wirkliche Alternative zum eigenen Auto ist ein attraktiver Nahverkehr - verknüpft mit Carsharing und Leihrad-Angeboten.

Insbesondere wäre ein solches Konzept eines autoarmen Quartiers im zukünftigen Wohngebiet an der Brunecker Straße möglich und sinnvoll. Hier wird bekanntlich vor allem eine universitäre Nutzung, kombiniert mit (studentischem) Wohnen realisiert werden. Für diese künftige Nutzergruppe lässt sich erfreulicherweise auch eine erhöhte Bereitschaft für alternative Mobilitätskonzepte feststellen. Auch für das künftige Baugebiet im Tiefen Feld wären autoarme Stadtquartiere im Sinne der nötigen Verkehrswende anzudenken.

Beide Gebiete werden zukünftig über eine sehr gute Schienen-Anbindung verfügen. Ziel muss es sein, durch intelligente Mobilitätskonzepte die Zahl der Stellplätze zu reduzieren und die Flächen stattdessen für mehr Fußwege, Grün und öffentliche Begegnungsräume zu nutzen. Gleichzeitig würden gesundheitsgefährdende Emissionen reduziert. Der Wohnungsbau könnte deutlich preiswerter werden. Aufwändige Tiefgeschosse oder flächenintensive Parkplätze schlagen sich teilweise erheblich auf die Baukosten und damit auf die Kauf- bzw. Mietpreise auf dem Wohnungsmarkt nieder.

Unbedingt notwendige Parkplätze könnten am Rand des Wohngebiets gebündelt werden. Vorstellbar ist, dass dann die Bewohner zwar zum Ausladen ihrer Einkäufe am Haus kurzzeitig parken dürfen, danach werden die Autos aber in Hoch- oder Tiefgaragen am Rand des Gebiets geparkt. Als Anreiz könnten die Einführung eines „Bewohnertickets“, die Bereitstellung von vorbildlichen Radstellplätzen oder auch gemeinschaftlich nutzbare Lastenräder dienen.

- 2 -

Bei der Entwicklung innovativer Konzepte wäre eine Einbindung der hiesigen Forschungs- und Entwicklungsszene zielführend, z.B. der regionalen Hochschulen, dem Energiecampus, dem etz oder auch aus der wachsenden Gründerszene wie im Zollhof. Denn dort entwickelte Konzepte könnten so in der Praxis getestet werden.

Vor diesem Hintergrund stellt die SPD-Stadtratsfraktion zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgenden

Antrag:

1. Die Verwaltung legt einen autoarmen Strukturvorschlag für das Wohngebiet und den neuen Campus an der Brunecker Straße und ggf. auch für das künftige Baugebiet am Tiefen Feld vor.
2. Wir erwarten dabei auch Aussagen
 - a) wie die durch den weitgehenden Verzicht auf Autos gewonnene Freiflächen mit Grün bzw. als Aufenthalts- und Spielflächen genutzt werden können.
 - b) wie das Verkehrskonzept im Viertel genau ausgestaltet werden soll und inwieweit mit reduzierten Stellplatzschlüsseln gearbeitet werden kann.
 - c) wie der ÖPNV als tragende Säule des Konzepts ausgestaltet sein wird
 - d) inwieweit mit den Bewohnern eine Verbindlichkeit zur Nutzung des Konzepts hergestellt werden kann
 - e) inwieweit auch der Rechtsrahmen innovative Ideen, wie z.B. ein Bewohnerticket möglich macht. Hierbei handelt es sich um eine Kooperation des Wohnungsunternehmens mit der VAG
 - f) zur Entwicklung einer vorbildlichen Infrastruktur inkl. Parkraumgestaltung für den Radverkehr.
3. Die Verwaltung wird gebeten darzulegen, wie die Stadt die beschriebenen Ziele durch die Bauleitplanung unterstützen und festschreiben kann.
4. Die Verwaltung berichtet, inwieweit Kooperationsprojekte mit Einrichtungen und Unternehmen aus dem Bereich Forschung- und Entwicklung initiiert werden können.
5. Gegebenenfalls ist für die genannten Gebiete auch ein Wettbewerb für ein Mobilitätskonzept durchzuführen.

Mit freundlichen Grüßen



Thorsten Brehm
stv. Fraktionsvorsitzender